

V0764/25

**Bewerbung der Stadt Ingolstadt als Modellregion Oberbayern für den Bürokratieabbau**  
**-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 23.10.2025-**

**Antrag:**

der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Ingolstadt bewirbt sich beim Freistaat Bayern als Modellregion Oberbayern im Rahmen der von der Staatsregierung angekündigten Initiative zum gezielten Bürokratieabbau.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Bewerbung einzuleiten und ein entsprechendes Konzept zur Darstellung der Stärken Ingolstadts als Modellregion zu erarbeiten.

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	04.02.2026	Vorberatung
Stadtrat	11.02.2026	Entscheidung

**Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 04.02.2026**

Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion **V0764/25**, der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **V0813/25**, sowie die Stellungnahme der Verwaltung **V0053/26** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld erklärt, dass die Wirtschaftsförderung den SPD-Antrag zur Entlastung der Wirtschaft ausdrücklich begrüße, da ihr Auftrag in der Vereinfachung der Prozesse der Schnittstellen zwischen Unternehmen und Verwaltung liege. Viele Probleme seien kommunikativ, weshalb die Wirtschaftsförderung hier täglich unterstütze und diesen Bereich weiter ausbauen wolle. Er betont jedoch, dass sie selber keine Verantwortung für die Beschleunigung von Bearbeitungen der Verwaltungsprozesse übernehmen können, da diese in der Kernverwaltung liegen. Wichtig sei aus seiner Sicht, dass sich die Verwaltung insgesamt zu mehr Wirtschaftsfreundlichkeit in den Kernprozessen bekenne. Daher schlägt er vor, gemeinsam mit IHK und HWK ein Programm zu erstellen, das zentrale belastende Verwaltungsprozesse identifiziert und deren Optimierung priorisiere, insbesondere durch Digitalisierung und KI-Einsatz. Auf dieser Basis könne Ingolstadt sich als Modellregion bewerben, die sich ausschließlich auf wirtschaftsrelevante Prozesse konzentriere. Der zugrunde liegende Gesetzentwurf des Freistaats sei jedoch noch nicht final, weshalb Aufwand und Kosten-Nutzen-Relation unklar seien. Dennoch bereite sich die Verwaltung bereits organisatorisch auf eine mögliche Bewerbung vor.

Stadträtin Peters lobt die Arbeit der Wirtschaftsförderung und betont die Bedeutung eines ausgeprägten Servicedenkens. Sie hebt hervor, dass die Entbürokratisierung an der Wurzel gepackt werden müsste und Digitalisierung dafür grundlegende Voraussetzungen schaffe. Sie verweist auf eine bevorstehende Wirtschaftsstrukturanalyse der IHK und betont,

dass IHK, HWK und Wirtschaftsförderung bei der Entbürokratisierung gemeinsam Verantwortung tragen müssten. Kritisch äußert sie sich hinsichtlich aktueller wirtschafts- und sicherheitspolitischer Entwicklungen, dass das neue Innovationszentrum der Bundeswehr in Erding sowie neue Musterungszentren aus ihrer Sicht gut nach Ingolstadt gepasst hätten. Sie stellt die Frage, wer sich hierum kümmere und zeigt sich enttäuscht über das aus ihrer Sicht fehlende Engagement.

Stadtrat Grob führt aus, dass die Modellregion ursprünglich aus der Verwaltungsmodernisierung hervorgegangen sei, um nach deutlichen Gesetzesreduktionen nun auch konkrete Verbesserungen in der Verwaltungspraxis zu erzielen. Er betont, dass es nicht nur um die Wirtschaft gehe, sondern ebenso um die Effizienz der Kernverwaltung. Als Beispiel nennt er wiederkehrende Vereinsfeste, die trotz unveränderter Abläufe jährlich umfangreiche Anträge erfordern. Dies zeige das Potenzial eines „Single Point of Contact“ und vereinfachter Verfahren. Er sieht in der Modellregion die Chance, Prozesse mutig zu verschlanken, Beteiligungsebene zu reduzieren und Handlungsspielräume der Kommunen zu erweitern. Ziel sei nicht Belastung des Personals, sondern Effizienzsteigerung und das Freisetzen von Kapazitäten für wichtigere Aufgaben. Die Initiative solle Verwaltung von unten nach oben modernisieren und nicht nur gesetzliche Vorgaben von oben abarbeiten.

Stadtrat Mittermaier ergänzt das Beispiel unnötiger Bürokratie durch eigene Erfahrungen. Er berichtet, dass er jährlich identische Unterlagen für städtische Veranstaltungen einreichen müsse inklusive gleichbleibender Pläne und umfangreicher Formulare. Dies verursache hohen Aufwand sowohl bei ihm als auch bei der Verwaltung, obwohl sich inhaltlich nichts ändere.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld betont, dass zwischen Wirtschaftsförderung und Entbürokratisierung kein Widerspruch bestehe, da die relevanten Prozesse ohnehin in der Kernverwaltung liegen. Die Wirtschaftsförderung könne lediglich Impulse setzen. Zu den Punkten von Stadträtin Peters erklärt er, dass Musterungen ggf. im Ingolstädter Karrierezentrum stattfinden können. Die Ansiedlung größerer Strukturen wie in Erding sei Ergebnis politischer Entscheidungen des Freistaats sowie von Standortfaktoren wie der Universität der Bundeswehr, der TU München, dem Fliegerhorst, dem dort bereits bestehenden Wehrtechnischen Institut der Bundeswehr und bestehenden Förderprioritäten. Er betont, Ingolstadt habe das Thema nicht verschlafen; man beobachte Entwicklungen aktiv, suche Kooperationen und setze eigene Schwerpunkte, etwa über das Brig Air in Manching und Testmöglichkeiten für Start-ups. Bei Projekten wie dem geplanten Verteidigungs-Campus würden weiterhin Chancen für die Region bestehen.

Stadtrat Grob präzisiert, dass das Drohnen-Defence-Lab aus fachlichen und infrastrukturellen Gründen nach Erding vergeben wurde. Entscheidend seien die starke Beteiligung der TU München, der TH Deggendorf, der Bundeswehrhochschule und die verfügbare Fläche auf dem Fliegerhorst gewesen. Ingolstadt habe sich intensiv bemüht, jedoch nicht dieselben Standortvorteile bieten können. Er betont, dass man nun auf Kooperation statt Konkurrenz setze und dass laufende Gespräche mit der Staatskanzlei Chancen für zukünftige Projekte im Bereich Drohnenentwicklung und -detektion eröffnen könnten. Solche Gespräche werden bewusst nicht frühzeitig öffentlich kommuniziert, um Ergebnisse nicht zu gefährden. Er verweist auf die erfolgreiche Ansiedlung des Humanmedizinstudiengangs als Beispiel für diese Vorgehensweise.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet